

# Beilage 1114/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

## Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen  
Landtags**

**betreffend die Erhöhung der Einkommens- und  
Chancengerechtigkeit für Frauen durch konkrete Maßnahmen**

**Gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird der Antrag  
als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

### **Resolution**

Der Oö. Landtag ersucht die Landesregierung, bei der Bundesregierung  
dafür einzutreten, dass frauenpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der  
Einkommens- und Chancengerechtigkeit für Frauen umgesetzt werden.

Das Regierungsübereinkommen der Bundesregierung sieht eine Reihe von  
frauenpolitischen Vorhaben vor, die eine bessere Vereinbarkeit von Familie  
und Beruf, mehr Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die Förderung  
von Frauen in Führungspositionen und die weitere Schließung der  
Einkommensschere zum Ziel haben. Weiters gibt es Vorschläge zur  
Bekämpfung der Frauenarmut und des Frauenhandels sowie zur  
Frauengesundheit und zum Gewaltschutz.

Für Oberösterreich ist es dabei ein besonderes Anliegen, vorrangig folgende  
Maßnahmen möglichst rasch umzusetzen:

- Verbesserte Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt
- Aufwertung frauenspezifischer Berufe
- Spürbare Schließung der Einkommensschere
- Förderung von Frauen in Führungspositionen.

### **Begründung:**

Durch die schwerpunktmäßige Ausrichtung der Oö. Wirtschaft auf Technik  
und Technologie und dem damit verbundenen höheren Einkommensniveau  
klafft in Oberösterreich die Schere zwischen dem Einkommen von Frauen  
und Männern weiter als in anderen Bundesländern auseinander. Die Wifo-  
Studie "Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich" zeigt deutlich, dass die  
Einkommensunterschiede in Oberösterreich mit 38 Prozent Differenz  
zwischen Männern und Frauen daher größer sind als im übrigen Österreich  
(32,7 Prozent). So erfreulich es ist, dass das Medianeinkommen der Männer  
in Oberösterreich über dem Wert von Österreich liegt, so beunruhigender ist  
es, dass das der Frauen aber darunter liegt.

Die Ursachen hierfür liegen vorwiegend in außerberuflichen bzw. in  
familiären Betreuungsverpflichtungen der Frauen und einem hohen  
Beschäftigungsausmaß von Frauen in schlechter qualifizierten oder  
entlohnnten Tätigkeiten. Darüber hinaus ist auch bei selbstständig  
Erwerbstätigen der Einkommensunterschied nach Geschlecht sehr groß, da  
Frauen vergleichsweise selten in Berufen mit hohem Einkommen - wie etwa  
Notare, Rechtsanwälte, Wirtschaftstreuhänder, etc - zu finden sind, dafür  
häufig als Gewerbetreibende mit geringem Einkommen.

Es wäre daher eine zentrale frauenpolitische Forderung, die Verringerung  
der Einkommensschere etwa durch die Festschreibung konkreter

Prozentsätze, um die die Differenz verringert werden soll, zu forcieren.

Eine weitere dringliche Maßnahme zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt wird in der Aufwertung von frauenspezifischen Berufen gesehen. Es gibt zahlreiche ambitionierte Programme und Maßnahmen, die Frauen in technischen Berufen fördern. In frauenspezifischen Berufsgruppen, etwa jenen aus dem Pflege- und Sozialbereich, liegt das Lohnniveau aber nach wie vor signifikant unter jenem männerdominierter technischer Branchen.

Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt spiegelt sich auch im Anteil der Frauen in Führungspositionen wider. In österreichischen Unternehmen ist der Anteil von Frauen in Toppositionen aber wieder rückläufig. Eine Studie des European Women's Management Development International Network (EWMD) hat aufgezeigt, dass die Führungsetagen in den 207 börsennotierten und umsatzstärksten Unternehmen 2006 bereits zu 48 Prozent ausschließlich aus Männern bestehen, vor zwei Jahren waren es noch etwas weniger, nämlich 39 Prozent. Ein Weg, den Frauenanteil in Toppositionen österreichischer Unternehmen zu erhöhen, sind Frauenförderpläne für die Privatwirtschaft, die in anderen Ländern, wie z.B. in Norwegen, bereits Erfolge zeigen. So ist dort etwa für die Besetzung der Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen ein Frauenanteil von 40-50 Prozent vorgeschrieben.

Ein weiteres wirkungsvolles Instrument zur Hebung des Frauenanteils in Führungspositionen ist eine stärkere Berücksichtigung der betrieblichen Gleichbehandlung bei der Wirtschaftsförderung.

Oberösterreich versucht, mit eigenen Aktivitäten einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der Einkommens- und Chancengerechtigkeit für Frauen und zur Schaffung eines steigenden Bewusstseins für deren Dringlichkeit zu leisten. Mit dieser Resolution soll das verstärkte Engagement des dafür zuständigen Bundes erreicht und die Umsetzung der frauenpolitischen Ziele aus dem Regierungsübereinkommen spürbar forciert werden.

Linz, am 6. März 2007

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

**Schwarz, Eisenriegler, Wageneder, Hirz, Trübswasser**

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Frais, Kapeller**

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Strugl, Orthner, Schürer, Pühringer, Eisenrauch, Jachs, Hingsamer, Kiesel, Hüttmayr, Bauer, Entholzer, Ecker, Bernhofer, Brandmayr, Mayr, Aichinger, Weinberger, Steinkogler, Lackner-Strauss, Stelzer, Frauscher, Gumpinger, Weixelbaumer, Schillhuber, Stanek**